

INTERESSE

Erinnerung an die Vergangenheit

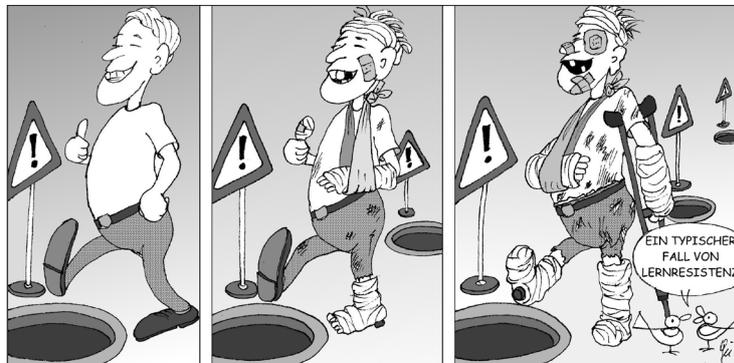
Wenn Sie das Wort „Gedächtnis“ hören, denken Sie dann auch zuerst an das menschliche Gehirn? Dieses kann sich unzählige Dinge bis ins kleinste Detail merken, kann aber auch recht unzuverlässig sein. Ist das Gedächtnis also eine individuelle Sache im Inneren des Menschen?

Von *Andreas Schmoller*

Der französische Soziologe Maurice Halbwachs hat schon vor 100 Jahren gezeigt, dass nahezu das Gegenteil richtig ist. Unser Gedächtnis ist von sozialen Rahmenbedingungen bestimmt. Wie und was wir erinnern, hängt nicht nur von Sprache, sondern auch von Familie, Beruf, Milieu, Nation, Religion etc. ab. Selbst die individuellsten Erlebnisse, bei denen wir allein oder zu zweit waren, werden zu Erinnerungen, die durch kollektive

Darstellungsformen sowie Wert- und Deutungsrahmen strukturiert werden. Mehr noch: Diese sozialen Rahmen und ihre jeweiligen Medien – vom Fotoalbum bis zum historischen Spielfilm – sorgen dafür, dass wir eine ungeheure Menge an Vergangenheit vermittelt bekommen, die wir gar nicht selbst erlebt haben, aber später trotzdem erinnern. Geteilte Erinnerungen schaffen Gemeinschaften, so z. B. in Familien, aber auch in Nationalbewegungen oder Religionen. Unser individuelles Gedächtnis ist in Inhalt und Form kollektiv bedingt.

Erinnern ist zudem ein vielgestaltiges Phänomen und hört nicht bei Nostalgie auf. Erinnerung ist Kraftquelle, sie ist mitunter Schmerz und daher verdrängt, sie ist Erfahrungsschatz und



als solcher Kompass in der Gegenwart. Erinnerung ist aber auch Waffe, die Vergangenheit manipuliert, um in der Gegenwart aufzustacheln. Kurz: Erinnerung ist existenziell und politisch.

Holocaust: Zwischen erinnern und lernen

Mit Blick auf die kollektive Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus gilt daher vor allem eines: Erinnern geht nicht ohne eine klare Kenntnis der Inhalte! Gedenkfeiern leben von Emotionen, Ritualen, dem Bekenntnis zu Werten und sind so Gemeinschafts- und

Identitätsstiftung. Die Erkenntnisse und Wissensbestände dahinter erschließen sich jedoch ganz anders, nämlich über das Lernen von Inhalten, Erkennen von Zusammenhängen, Verstehen von Kontexten, und dem Reflektieren des gesamten historischen Konstrukts, das wir uns von der Vergangenheit machen. Historisches Lernen ist folglich anstrengend. Die Geschichte des Nationalsozialismus und des Holocaust ist hochgradig komplex und schwer zumutbar. So ist es nicht verwunderlich, dass

Jugendliche und selbst Geschichte-Studierende subjektiv den Holocaust für sehr präsent in ihrem Geschichtsbild halten, aber sachlich über ihn immer weniger wissen. Der Völkermord an den europäischen Jüdinnen und Juden wirkt daher in erster Linie als Chiffre für „das Böse“ bzw. „das Verbrechen“ und entschwindet somit aus dem konkret Historischen.

Memoria Digitalis

Nicht nur das stellt die Vermittlungsarbeit vor große Herausforderungen. Mit den Smartphones und der damit verbundenen Nutzung

Fortsetzung von Seite 1

sozialer Medien sind neue Formen der Inszenierung von Geschichte, Biografien und historischen Orten ins Spiel gekommen. Die Vielfalt an oftmals hybriden Erinnerungs- und Lernformen zum Thema ist selbst für die wissenschaftliche Gedächtnisforschung schwer zu überblicken.

Auf den ersten Blick scheint sich dadurch der Verlust an historischer Kenntnis zugunsten einer emotionalen Identifikation mit und Inszenierung von Vergangenheit nur noch zu verschärfen. Selfies vom Besuch in Auschwitz können auf Instagram geteilt und geliked werden. Nutzer:innen können in die Rolle von historischen Persönlichkeiten schlüpfen und dennoch anonym bleiben, wenn sie Zitate ihrer Vorbilder posten, oder die historische Autorität ihrer Ikone dazu verwenden, um ihren politischen Meinungen Gewicht zu verleihen. Die sozialen Medien wurden jedoch nicht nur von Influencer:innen entdeckt, auch Bildungseinrichtungen, Gedenkstätten, Museen, traditionelle Medien und Fernsehstationen sind auf den Zug aufgesprungen und produzieren Content, um ihre Zielgruppen zu erreichen. Mit dem Ziel, zeitgemäße Formen der Erinnerungskultur zu prägen, entstehen dadurch auch zu Holocaust und Nationalsozialismus wertvolle Projekte.

Die Spannbreite reicht von digitalen Videozeugnissen Holocaust-Überlebender, geschichtsdidaktischen E-Learning-Programmen sowie virtuellen Rundgängen durch Museen und Gedenkstätten, der Real-Time-Chronik des Zweiten Weltkrieges auf Twitter und des Holocaust-Blogs bis hin zu virtuellen Freundschaften mit Holocaust-Opfern. Grob kann man dabei didaktische und künstlerische Produkte unterscheiden. Doch nicht alle Formate mögen überzeugen.

Sophie Scholl auf Instagram

Das Instagram-Projekt „@ichbinsophiescholl“ der deutschen Fern-

sehstationen SWR und BR erreichte bis zu 930.000 Follower:innen und gilt als Beleg für das Potenzial dieses „Genres“. Von Mai 2021 bis April 2022 stellte die Schauspielerin Luna Wedler das Mitglied Sophie Scholl der studentischen Widerstandsgruppe „Die weiße Rose“ nach. Zusammen mit ihrem Bruder Hans und Christoph Probst wurde die bekannte Ikone des Widerstands gegen den Nationalsozialismus am 22. Februar 1943 nach Auffliegen einer Flugblattaktion hingerichtet. Mit kleinen Happen brachten die Produzent:innen den Nutzer:innen die letzten zehn Monate Sophie Scholls in der vertrauten Form der Ich-Hier-und-Jetzt-Perspektive näher – über Selfies, historische Zitate oder Blogs mit fiktionalem Inhalt. Ersten Studien zufolge entsprach der mediale Hype um das Projekt aber nicht dem, was in der Breite bei den Jugendlichen ankam. Problematisch erscheint dabei vor allem, dass Follower:innen des Kanals häufig nicht in der Lage waren, zwischen Historizität und Fiktionalität der Darstellung zu unterscheiden. Sie sprechen Instagram eine hohe Glaubwürdigkeit zu und haben so die Erwartungshaltung, dass sie auf dieser Plattform eben Realität vermittelt bekommen.

Wir folgern nüchtern daraus, dass der Geschichteunterricht dazu befähigen sollte, Angebote wie jenes von @ichbinsophiescholl kritisch zu analysieren und mit historischem Wissen zu konfrontieren. Die Kompetenz der Dekonstruktion ist also gefragt, ein Schlüsselwort bei der Formulierung der Ziele historischen Lernens in der Gegenwart. Umso mehr als man davon ausgehen kann, dass soziale Medien auch in der näheren Zukunft ein wichtiger Ort sind, wo Jugendliche mit Geschichte in Berührung kommen.

Bleibende Herausforderung

Für die Pädagog:innen in der Geschichtsvermittlung ändert sich

in gewisser Weise nicht so viel. Die Herausforderungen bleiben dieselben. Vor ein paar Jahrzehnten war es noch das Leitmedium Film, das vielfach einen geeigneten Einstieg in historische Stoffe bot. Medienkompetenz hieß, sich mit den filmischen Mitteln der Herstellung von Realitätsillusion im Film kritisch auseinanderzusetzen. Die Formen der Adaption von Vergangenheit und Lebensgeschichten ändern sich und damit die Erinnerungskultur. Es stellte sich dabei immer schon die Frage, wie legitim es ist, die komplexen und zeitgebundenen Geschichten vergangener Epochen und Menschen zu verändern und für ein populäres Medienevent aufzubereiten. Die zentrale Frage lautet, „ob Jugendliche durch derartige Accounts mehr Sensibilität und Reflektiertheit in Bezug auf Antisemitismus und Rassismus entwickeln“. Pädagog:innen in der Praxis, wie die Theologin und Religionslehrer:in Linda Kreuzer, die @ichbinsophiescholl und andere Projekte im Unterricht verwendet hat, sind hier skeptisch.

Es ist offensichtlich, dass die Erinnerungskultur zu Holocaust und Nationalsozialismus sich in vielfältiger Weise ändert und diversifiziert. Trotz der neuen Formen der Erinnerung und Geschichtsvermittlung behalten traditionelle Formen der Gedächtniskultur wie z. B. Gedenkfeiern und Gedenkstättenbesuche ihre Wichtigkeit. Die weiterhin hohen Besucherzahlen in den Gedenkstätten deuten darauf, dass sie sich dauerhaft als Orte der Vermittlung und Gedächtnisbildung etabliert haben. Gedächtniskultur lebt eben auch und vor allem von Professionalisierung, die in Gedenkstätten konzentriert ist, und dem Bedürfnis nach Erinnerung, die in der Gemeinschaft ausgehandelt, gestaltet und gelebt wird.

Dr. Andreas Schmoller,

Leiter des Franz und Franziska Jägerstätter Instituts an der Katholischen Privat-Universität Linz

Soziale Räume nachhaltig gestalten

Um Sozialräume zu planen, muss hingeschaut werden: Welche Bedürfnisse haben die Menschen im Umfeld? Was fehlt? Und welche Zielgruppen sollen erreicht werden?

Die Projektentwicklung Baukultur der Diözese Linz arbeitet mit inhaltlichen Gedanken und Schwerpunkten, bei denen sozialräumliches Gestalten eine wichtige Rolle spielt.

Zwischen den Gebäuden

Gebäude und die Außenräume bzw. Landschaften zwischen den Gebäuden bleiben über viele Jahrzehnte oder Jahrhunderte bestehen, sollen aber immer wieder nach den Entwicklungen der Nutzer:innen und des Standortes adaptiert werden. Der nutzerzentrierte und partizipative Entwicklungs- und Entwurfsprozess stellt heute nicht nur einen wesentlichen Bestandteil nachhaltigen Bauens dar, sondern ist selbstverständlich ein Qualitätsmerkmal der identitätsstiftenden Gebäude und künftiger multifunktionaler Quartiere. Der Schwerpunkt der baukulturellen Entwicklungen liegt auf dem respektvollen Umgang mit Ressourcen, der Entwicklung sozial ausgewogener Räume und der Wertschätzung des kulturellen und baulichen Kontextes.

Miteinander leben

Sozialräume sind Orte, an denen Menschen auf verschiedene Arten und Weisen miteinander leben. Man versteht darunter keine definierten Räume (geografisch-physische Orte) sondern Orte, die für unser Leben wichtig sind. Es kann zum Beispiel eine Tankstelle, die Schule oder ein Sportverein wichtiger sein als der eigene Wohnraum, weil dort keine sozialen Kontakte bestehen.

Nachhaltigkeit wird erzielt in Form von Öffentlich-Machung von im Ort zentral gelegenen Gebäuden, sowohl in den Stadtgebieten wie auch den ländlichen Gebieten. Komplett oder größtenteils leerstehende Gebäude (zum Beispiel Pfarrhöfe, Pfarrheime, etc.) werden umgenutzt, wieder befüllt und

„aufgeweckt“, zusätzlich verdichtet und erfahren dadurch eine Inwertsetzung. Eine Wiederbelebung der Ortszentren mit einem Angebot für alle in den bestehenden Gebäuden wird angestrebt. Damit geht die Reduzierung des individuellen Verkehrs einher, die Einbeziehung nicht mobiler Zielgruppen, somit wird die weitere Flächenversiegelung durch Neubauten verhindert.

Pfarrliche Gemeinschaftsbildung

Aktive Sozialraumgestaltung als Ergänzung zum pfarrlichen Angebot bietet Gemeinden und Kirchenkreisen nicht nur gemischte Nutzungen, Orte des New Work, sondern eröffnet damit eine neue Form der pfarrlichen Gemeinschaftsbildung.

Die Vorstellung, dass in den pfarrlichen Gebäuden, die gemeinsam mit der Kirche und dem Ortsplatz sehr oft einen wichtigen Teil der Ortszentren bilden, allgemeine Nutzungen „einziehen“, wie zum Beispiel Kinderbildungseinrichtungen, Büronutzungen, Werkstätten, Wohnen, Ateliers in Verbindung mit kleinen regionalen Geschäften oder Cafés, die für jeden im Ort zu Fuß, mit dem Rad oder Roller erreichbar sind und ein Interagieren der Menschen im Ort ermöglichen, ist verlockend.

Co-Working Arbeitsplätze

Ein gutes Beispiel dafür sind Co-Working Arbeitsplätze, das gemeinsame Arbeiten und Nutzen von gut ausgestatteten Büroarbeitsplätzen, Sozialräumen, Teeküchen, Besprechungsräumen etc. und dadurch der inhaltliche interdisziplinäre Austausch.

Lange Arbeitswege und eine Reduzierung des individuellen Verkehrs gelingt dadurch ebenso, wie es auch eine Alternative zum Homeoffice in der privaten Wohnung bietet. Selbstver-

Arch.ⁱⁿ DI.ⁱⁿ Gerhild Eva Schremmer,
Team Projektentwicklung-Baukultur,
Diözese Linz

ständig ist die nachhaltige Gestaltung, Bepflanzungen und Begrünung der Außenräume und Plätze, um diese aktiv nutzen zu können.

Quellen:

<https://www.uni-weimar.de/de/architektur-und-urbanistik/professuren/stadtforschung/projekte/abgeschlossene-projekte/sozialraumanalyse/sozialraum/>



<https://www.mi-di.de/themen/coworking-in-der-kirche>



Ergänzung

In den letzten beiden Ausgaben von **Interesse. Soziale Information** wurde das Nordische Modell als Mittel gegen Zwangsprostitution präsentiert und diskutiert. Für alle, die das Nordische Modell besser kennenlernen möchten, empfiehlt *Hans Eidenberger SM* den zurzeit laufenden Kinofilm „Precious“ und bietet an, mit ihm Kontakt aufzunehmen unter: eidenberger@marianisten.at.

»Es braucht Respekt und Hilfe für alle, die unter sexueller Ausbeutung leiden!«

Wieviel Freiheit braucht Gesellschaft?

Unter Freiheit lässt sich vielerlei verstehen. Aber nur sozialpolitisch abgesicherte Freiheit bedeutet tatsächlichen Handlungsspielraum für alle.

Kann man mit einem Begriff Mitleid haben? Angenommen, man könnte: Unser Mitgefühl müsste der „Freiheit“ gelten. Im Dunstkreis der Corona-Skepsis hat sich ein verheerendes Verständnis von Freiheit breitgemacht. Ein paar Beispiele: Gesetze, Regeln? Braucht man nicht. Sie sind ja doch nur Ausdruck von Herrschaft, die die Freiheit des einzelnen Menschen beschneidet. Steuern, Geld? Mit einem neuen Bewusstsein werden alle aus Verantwortung für das Allgemeinwohl arbeiten und nur konsumieren, was sie „wirklich“ brauchen. Also wenig. Da kann man das freiheitsstörende Geld abschaffen. Schule, Erziehung? Erzeugen ja doch nur unfreie Untertanen.

Vor einer so befreiten Gesellschaft kann einem nur grausen: Da werden alle Errungenschaften der modernen Zivilisation preisgegeben; es werden Genügsamkeit und ein Leben in weitgehend isolierten Einheiten propagiert. „Weisheit“ soll Wissenschaft ersetzen, „Selbsteilungskräfte“ die Medizin. Zahnschmerzen wären eine Katastrophe und eine Blinddarmentzündung ein Todesurteil. Und von Freiheit in irgendeinem substantziellen Sinn keine Rede. Denn in der Praxis führt das Ganze erst zu ewigen Debatten, was denn die wahren Bedürfnisse sind, und wer arbeiten muss. Dann setzt sich mangels Gesetze das Recht der Stärkeren durch, und solche Schwundformen von Freiheit enden in autoritären Verhältnissen.

„Jeder Mensch hat das Recht, in Ruhe gelassen zu werden.“ Das ausufernde Verständnis dieses „Rechts“ ist ein Grundmotiv des Querdenkens. Es ist die Kapitulation vor undurchsichtigen sozialen Verhältnissen. Dahinter steht der verzweifelte Wunsch, Gesellschaft, Politik und das Durcheinander der unterschiedlichen Meinungen, Einstellungen, Interessen der Mitmenschen wegzuden-

ken. Orientierungsprobleme machen Angst, die man „denen da oben“ als Angstmacherei vorwirft. Eine klassische Projektion. Die undurchsichtige, bedrohliche Gesellschaft wird als gegen „uns“ gerichtet begriffen, gelenkt von einem mächtigen, bösen Zentrum. Da bleibt nur Flucht.

Freiheit als Ideologie

Liberalismus ist dazu eine Art Gegenprogramm. Allen seinen Spielarten gemeinsam ist ein Staat, der darin stark ist, Rahmenbedingungen zu setzen. Unterschiedliche Versionen unterscheiden sich allerdings darin, wie der Staat die Rahmenbedingungen der Märkte gestaltet. Ein Verständnis von Liberalismus läuft daraus hinaus, zwar Privateigentum, nicht aber jede gegebene Eigentums- und Einkommensverteilung abzusichern. Ein anderes Verständnis von Liberalismus dagegen verteidigt auch extreme Ungleichheiten. In diesem Fall kann Freiheit nur die Freiheit derer bedeuten, die sie sich leisten können. „Es ist unmoralisch, Geld von den Reichen zu nehmen, um es den Armen zu geben.“ Ein Originalzitat von Milton Friedman, dem prägenden Denker des ökonomischen Neoliberalismus. Dahinter steht die Annahme, dass die Marktteilnehmer:innen einander so in Schach halten, dass es immer wieder zum Ausgleich ihrer unterschiedlichen Interessen kommt, und dass so die Freiheit aller Beteiligten bestmöglich gewahrt wird. Politische Interventionen können dabei nur stören.

Dieses Programm geht allerdings großzügig über Marktmacht hinweg und übersieht, dass auf dem Arbeitsmarkt – von Ausnahmesituationen abgesehen – die Anbietenden von Arbeitskraft und den Nachfragenden strukturell unterlegen sind. Ein Liberalismus, der so tut, als hätten alle den

Prof. Dr. Georg Vobruba, Professor am Institut für Soziologie Universität Leipzig

gleichen Handlungsspielraum, macht Freiheit zur Ideologie.

Soziale Freiheit

Dennoch: Man sollte daraus kein prinzipielles Argument gegen den Markt machen. Märkte haben freiheitsstiftenden Effekte. Aber damit diese Freiheiten allen zu Gute kommen, müssen sie durch Politik erschlossen werden. Das gilt vor allem dann, wenn Anbieter existentiell auf Nachfrage angewiesen sind, die Nachfrage es sich dagegen leisten kann, auf günstigere Angebote zu warten. Daraus folgt, soziale Sicherheit nicht als Beeinträchtigung von Marktmechanismen zu verstehen, sondern als Voraussetzung, sich auf dem Arbeitsmarkt zu behaupten. Soziale Sicherheit ist Erwartungssicherheit: Man muss mit Sozialleistung sicher rechnen können. Das setzt ausreichende Höhe und Rechtsansprüche ohne viel Wenn-und-Aber voraus. Auch kann es befreiend wirken, wenn sich mehrere Einkommensquellen legal und unbürokratisch kombinieren lassen – also eine Art Risikostreuung. Und wer an Arbeitszeiten interessiert ist, deren Lage und Länge von Normalarbeitszeiten abweichen, sollte dabei unterstützt und nicht behindert werden. All das sind Aufgaben der Arbeits- und Sozialpolitik, denn soziales Miteinander bedeutet nicht nur Freundlichkeit, Kollegialität und Nachbarschaftshilfe. Die persönliche und die politische Dimension sozialen Zusammenhalts müssen zusammenwirken. Solidarität braucht eine materielle, sozialpolitische Grundierung und sichert diese zugleich ab. Dahinter steht ein Verständnis von Freiheit nicht als grenzenlose Fantasie, sondern als Handlungsspielraum, der sich im Alltag tatsächlich nutzen lässt. Soziale Freiheit ist materiell unterfütterte Freiheit.

Gegen den Missbrauch des Rechtsstaats durch „SLAPP-Klagen“

Die Einschüchterung kritischer Stimmen durch missbräuchliche Klagen soll mit einer neuen EU-Richtlinie künftig erschwert werden.

*Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler,
Vorstand des Instituts für Europarecht
der Johannes Kepler Universität Linz*

Dass Partizipation und Protest der Zivilgesellschaft durch gezielte einschüchternde Klagen (sog. SLAPPs – Strategic Lawsuits Against Public Participation) unterbunden werden sollen, ist nicht ganz neu. Dabei handelt es sich nicht nur um ein Phänomen in autoritären Regimen. Ganz im Gegenteil: gerade in entwickelten demokratischen Rechtsstaaten kommt es immer häufiger zu Versuchen, kritische Stimmen durch missbräuchliche Klagen zum Verstummen zu bringen.

Kritische Stimmen zum Schweigen bringen

Das Konzept der SLAPPs ist aus dem US-amerikanischen Rechtsraum schon seit den 1980er-Jahren bekannt. In den letzten Jahren ist es nun auch in den Mitgliedstaaten der EU in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt. Hauptbetroffene sind Journalistinnen und Journalisten sowie Menschenrechtsaktivist:innen. Betrieben werden die Verfahren von Unternehmen, Lobbyverbänden aber auch von wohlhabenden Einzelpersonen, seltener von staatlicher Seite. Das Ziel der SLAPPs ist es dabei gar nicht, vor Gericht zu siegen, die Betroffenen sollen vielmehr durch die Drohkulisse einer gerichtlichen Auseinandersetzung finanziell, zeitlich, psychisch und emotional belastet und dadurch eingeschüchtert werden. Bekannt ist der Fall der maltesischen Investigativjournalistin Daphne Caruana Galizia. Als sie 2017 durch eine Autobombe getötet wurde, waren über 40 Klagen wegen vermeintlicher Verleumdung gegen sie gerichtsanhängig. Beileibe kein Einzelfall, im Jahr 2021 wurden im Rahmen des EU-Projekts „Media Freedom Rapid Response“ in 24 EU-Mitgliedstaaten innerhalb von 12 Monaten 439 Warnmeldungen (in Bezug auf 778 Personen) dokumentiert. Dies sind nur Daten für die Medien, dane-

ben sind auch andere Akteure, die sich für die öffentliche Beteiligung einsetzen, wie etwa Gewerkschaftsmitglieder und Wissenschaftler:innen, mit SLAPP-Klagen konfrontiert¹.

EU-Klagen vor missbräuchlichen Gebrauch

Vor diesem Hintergrund hat die Europäische Kommission im Vorjahr einen Vorschlag für eine EU-Richtlinie „Zum Schutz von Personen, die sich öffentlich beteiligen, vor offenkundig unbegründeten oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren („strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung“) präsentiert. Dieser Vorschlag bedarf nun noch der Beschlussfassung im europäischen Gesetzgebungsprozess durch Ministerrat (derzeit finden dort die Erörterungen in erster Lesung statt) und EU-Parlament, ein Inkrafttreten ist derzeit noch nicht absehbar. Dennoch soll ein erster Blick auf diesen Versuch eines EU-Schutzschildes vor SLAPP-Klagen geworfen werden.

Erlassen werden soll dieser Schutzschild in Form einer Richtlinie. Das ist jene Rechtssatzform, die den Mitgliedstaaten Grundsätze vorgibt, welche diese dann in die innerstaatliche Rechtsordnung umzusetzen haben. Als Umsetzungsfrist sind im Vorschlag zwei Jahre ab Inkrafttreten der Richtlinie vorgesehen.

Konkret sieht der Richtlinien-vorschlag drei Säulen vor, durch die Betroffene von SLAPP-Klagen gestärkt werden sollen: Zum ersten ein Mechanismus zur vorzeitigen Einstellung offensichtlich unbegründeter Gerichtsverfahren, zum zweiten verfahrensrechtliche Schutzvorkehrungen für Betroffene und zum dritten Sanktionen gegen die Betreibenden von SLAPP-Klagen.

Kernstück ist dabei ein Mechanismus zur vorzeitigen Einstellung missbräuchlicher Gerichtsverfahren. Liegt

eine offensichtlich unbegründete Klage vor (die Beweislast liegt dabei beim SLAPP-Klagenden), so soll in einem Zwischenverfahren eine vorzeitige Klagsabweisung sichergestellt werden.

Zentrale verfahrensrechtliche Schutzvorkehrung für die Betroffenen ist wiederum die vollständige Erstattung der Verfahrenskosten, inklusive vorgerichtlicher Anwaltskosten.

Schließlich müssen die Mitgliedstaaten die Grundlagen für Schadenersatzansprüche der Opfer von SLAPP-Klagen schaffen, welche materielle und immaterielle Schäden, etwa für psychische Belastungen, abdecken. Darüber hinaus sind wirksame und abschreckende Sanktionen gegen die SLAPP-Klagenden vorzusehen.

Würdigung

So begrüßenswert dieser Richtlinien-vorschlag der Kommission auch ist, so ist dennoch auf zwei Schwachstellen hinzuweisen. Zum einen ist der Begriff der SLAPP-Klagen, vor denen diese Richtlinie schützen soll, recht eng definiert: Eine betreffende Klage muss nämlich „offensichtlich“ ganz oder teilweise unbegründet sein und ihr Hauptzweck muss darin liegen, öffentliche Beteiligung zu verhindern.

Zum anderen erfasst der Schutzschild nur SLAPP-Klagen mit einem grenzüberschreitenden Bezug und keine rein innerstaatlichen Verfahren. Dies ist aus kompetenzrechtlichen Gründen nicht anders möglich, führt aber dazu, dass die meisten SLAPP-Klagen davon nicht erfasst werden. Nach einer aktuellen Studie hatten im EU-Raum nur 11 % der SLAPP-Klagen einen grenzüberschreitenden Konnex. Abhilfe kann hier allerdings eine – rechtlich nicht verbindliche – Empfehlung der Kommission schaffen, die gleichzeitig mit dem Richtlinien-Vorschlag erlassen wurde, wonach die Mitgliedstaaten

aufgefordert werden, die Richtlinie auch für rein innerstaatliche Verfahren umzusetzen.

¹ (Daten unter <https://www.mfrr.eu>

//www.mfrr.eu

/wp-content/uploads

/2022/02/2022_02_17_

MFRR_FACT_SHEET_

MAPPING_MEDIA_

FREEDOM_European_

Union_Member_States_Year_2021.pdf).



resse - interesse - interesse - interesse - interesse
sse - interesse - interesse - interesse - interesse
se - interesse - interesse - interesse - interesse
e - interesse - interesse - interesse - interesse

BÜCHER

Folgende Bücher sind im Sozialreferat entlehnbar:

A. Behr: Globale Solidarität. Wie wir die imperiale Lebensweise überwinden und die sozial-ökologische Transformation umsetzen.

oekom verlag, München 2022, 277 Seiten.

Die Klimakrise beschleunigt alle anderen Krisen sowohl die ökonomische als auch die kriegerische. Solidarisches Handeln macht wieder Sinn und ist dringend geboten, egal ob sich ein Erfolg einstellt oder nicht. Einen Versuch ist es allemal wert. Die irreversiblen Schäden, die vom Kapitalismus verursacht wurden, sind nur durch eine sozial-ökologische Transformation und durch eine globale, gerechte Solidarität behebbar. Doch der systemische Wandel fordert Zeit, die wir nicht mehr haben. Es geht aber nicht nur um eine Reparatur der durch den Kapitalismus angerichteten Schäden, sondern um Umkehr, die aber nur etappenweise gelingen kann, nicht durch eine Weltrevolution. Der Autor schildert praktische Beispiele, die ein Anfang der Umstellung sein können. Wir werden Ausdauer und einen langen Atem brauchen um das Ziel dieser Transformation zu erreichen. Ein äußerst lesenswertes Buch.

O. Karas/J. Kohlenberger (Hg.): So schaffen wir das. Wie wir das Thema Asyl und Migration dem linken und

rechten Rand abnehmen und die Krise überwinden.

edition a, Wien 2023, 335 Seiten.

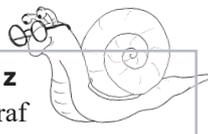
Das Thema Angst beherrscht seit 2015 die öffentliche Diskussion bei den Problemen Zuwanderung, Flucht, Asyl und Migration. Angst ist aber kein guter Ratgeber, um europaweit gute Lösungen für diese Frage zu finden. Namhafte Expertinnen und Experten aus Politik, Wissenschaft und Religion machen pragmatische Vorschläge zur Lösung der größten humanitären Herausforderung unserer Zeit, die auf unserem Recht und unseren Werten fußt. Es geht um Fluchtursachen und Hilfe vor Ort, Grenzschutz und die Aufnahme von Flüchtenden, die Schaffung von legalen Migrationswegen, die Verteilung und die Kooperation innerhalb der EU, und der Integrationsprozess bis hin zur Sprache und Rhetorik. Die Herausgebenden fordern einen gemeinsamen Schritt zu einer solidarischen europäischen Asyl- und Migrationspolitik. Das Buch zeigt, wie man aus verschiedenen Blickwinkeln und Ideologien zu einer Lösung dieser Krise kommen kann.

R. Marten: Die Pandemie — Eine philosophische Perspektive.

Meiner Verlag, Hamburg 2021, 111 Seiten.

Wie wirkt sich die Pandemie nicht nur auf die Gesellschaft, sondern im persönlichen Leben des Einzelnen aus? Die Menschen sind nicht gleich von den Folgen der Pandemie betroffen. Viele wurden vom Tod bedroht, andere in ihrer wirtschaftlichen Existenz, wieder andere in ihren Karrieren oder in der Entfaltung ihrer Persönlichkeit. Aber auch unser politisches System, unsere Empathiefähigkeit oder gar unsere Lebensart wurden in Frage gestellt. Ist der Mensch an allem schuld oder kennt die Natur kein Erbarmen? In kritischer Auseinandersetzung u. a. mit den Philosophien von Platon, Heidegger, Kant und Karl Barth plädiert der Autor für den Menschen als ein anderen zugewandtes und für andere einstehendes Wesen, das sich seiner Einmaligkeit wie seiner Endlichkeit bewusst sein sollte.

Schwarmdemenz



Auf einer Party traf ich unlängst einen lieben Freund wieder. Nachdem wir uns auf den neuesten Familienstand gebracht hatten, kam das Gespräch auf das niederösterreichische Wahlergebnis. Ich spottete über den Landeshauptfraustellvertreter, der seinen iranischen Migrationshintergrund durch deutschnationale Überanpassung verdeckte. Mein Freund war auch kein Fan von Nazilied-Sängern, aber er habe sie diesmal gewählt, weil er eine Entschuldigung für die Diskriminierung erwarte. Wie einen Hund habe man ihn als Ungeimpften behandelt! Ich sagte, das sei doch schön, ich verwöhne den meinen sehr, nur das Impfen gefalle ihm auch nicht. Er überhörte die Ironie und redete sich über die Ungerechtigkeit, die ihm und den Seinen angetan worden sei, so in Rage, dass er auf meine Bitte, miteinander das Thema zu wechseln, nicht einging. Weil ich ein schwacher Mensch bin, tat ich so, als brauche ich ein Bier und käme gleich wieder, was ich nicht tat. Im Zug nachhause schrieb ich ihm (betrunken, aber ehrlich), dass mich unser Wiedersehen gefreut habe. Er antwortete sofort, wir verblieben mit Herzibussi-Emojis.

Dann dachte ich nach, wie wir als Gesellschaft aus dieser enervierenden Sache kämen, und mir schoss der Wunsch nach einem kollektiven Vergessen ein. So wie auf einer Party, bei der alle eins über den Durst trinken. Ich will den Suff nicht verharmlosen, aber: Am nächsten Morgen fragt man sich ächzend, was man am Abend wohl für einen Unfug erzählt haben wird – doch es ist egal, die anderen haben auch ganz schön einen Schmarrn geredet, so ist das Leben! Man bleibt bei der gewohnten Haltung und kann die Andersdenken weiter lieben. Es gibt nur eine Ausnahme: Nie darf man vergessen, wer heute noch ekelhafte Nazi-Lieder singt.

Ihre Weinbergsschnecke

resse - interesse - interesse - interesse - interesse
sse - interesse - interesse - interesse - interesse - in
se - interesse - inter

TERMINE

Frieden im Dialog Pax Christi Monatstreff Der Seitenstettner Kreis und die Geldreform

Di., 30. Mai 2023, 18 Uhr

Referent: *Rudolf Kulovic*

Gemeinsam Lösungsansätze suchen,
damit Geld auch wirklich dem Ge-
meinwohl dienen kann und nicht zum
Selbstzweck wird.

Urbi@Orbi, Bethlehemstraße 1a,
4020 Linz

Information und Anmeldung:

☎ (0676) 87 76 60 00

www.dioezese-linz.at/urbiorbi

Bio-Faire-Abendjause – Frisches Junggemüse und Ökologischer Fussabdruck

Fr., 2. Juni 2023, 18 bis 19.30 Uhr

Referentin: *Magdalena Glaser*

Gemeinsam bereiten wir eine kleine
Mahlzeit zu und decken den Tisch.

Bildungshaus Schloss Puchberg, Puch-
berg 1, 4600 Wels

Information und Anmeldung:

puchberg@dioezese-linz.at,

☎ (07242) 47 537

www.schlosspuchberg.at

In eigener Sache

Dieser Ausgabe von INTERESSE
liegt ein Zahlschein bei.

Wir ersuchen Sie um Ein-
zahlung eines freiwilligen
Druckkostenbeitrages von
10 Euro für das Jahr 2023

IBAN:

AT37 5400 0000 0001 6972

Verwendungszweck:
4902 31231 Druckkosten-
beitrag "Interesse"

Vielen Dank für Ihre
Unterstützung!

Das Redaktionsteam



INTERNATIONALES JÄGERSTÄTTER-GEDENKEN IN ST. RADEGUND, OBERÖSTERREICH, ZUM 80. TODESTAG FRANZ JÄGERSTÄTTERS

Dienstag, 8. August 2023:

18:00 Uhr Abendgebet/Vesper in der Kirche St. Radegund

Anschließend „Social Evening“ im Gasthaus Hofbauer

Mittwoch, 9. August 2023

Pfarrheim Tarsdorf:

09.30 Uhr Andreas Schmoller und Verena Lorber, Franz und Franziska
Jägerstätter Institut Linz:

Franz und Franziska Jägerstätter Edition – Einblicke in die digitale
Gesamtausgabe der Schriften

11.00 Uhr Herbert Langthaler, Asylexperte:

Verfolgungsgrund Kriegsdienstverweigerung

12.00 Uhr Mittagessen im Gasthaus Romstötter

13.30 Uhr Fußwallfahrt von Tarsdorf nach St. Radegund

16.00 Uhr Andacht zur Todesstunde in der Pfarrkirche St. Radegund

19.30 Uhr Eucharistiefeier mit Bischof Manfred Scheuer
in der Pfarrkirche St. Radegund
Lichterprozession zur Jägerstätter-Grabstätte

Nähere Infos: office@paxchristi.at oder Tel. 0732/7610-3253

Impressum: Inhaberin Diözese Linz (Alleininhaberin)

Herausgeberin und Verlegerin: Mag.ª Lucia Göbesberger, Fachbereich Gesellschaft und Soziales,

Diözese Linz, Bereich 3 Soziales & Caritas, Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz, ☎ (0732) 76 10 – 32 51

E-Mail: gesellschaft_soziales@dioezese-linz.at, www.dioezese-linz.at/soziales

Hersteller: Druckerei Haider Manuel e.U., 4274 Schönau i.M., Niederndorf 15

Verlagsort Linz, Verlagspostamt 4020 Linz/Donau, Erscheinungsort Linz

Österreichische Post AG - MZ02Z031665M – Diözese Linz, Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz

Die Inhalte müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

Katholische Kirche
in Oberösterreich

